

„Politik auf dem Rücken der Landwirte geht nicht“

Wedemark (jo). Die Landwirte in der Wedemark, der Region und im Land Niedersachsen bringen nicht viel Verständnis für die Vorgehensweise des Landesministeriums auf: Sie sollen in Zukunft entlang jeden Gewässers oder Grabens – wasserführend oder nicht – einen fünf Meter breiten Streifen von ihren Nutzflächen streichen. „Das macht in der Summe eine ungeheure Fläche in Niedersachsen aus, die dann für die Bewirtschaftung nicht mehr nutzbar wäre“, erklärte dazu jetzt der Umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Helmut Dammann-Tamke bei einem Treffen von Wedemärker Landwirten. Mit dabei auch der Vorsitzende des Landvolkes, Volker Hahn, der genau wie seine Berufskollegen und Bundestagsabgeordneter Dr. Hendrik Hoppenstedt der Einladung von MdL Editha Lorberg in die Wedemark gefolgt war. Damman-Tamke formulierte die spezielle Problematik der von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Vorlage: „Bisher gilt für diese Bereiche ein Schutzstreifen von einem Meter, der nach Vorstellungen der Grünen auf fünf Meter erweitert werden soll. Dort dürfen dann weder Pflanzenschutzmittel noch irgendwelche Dünger verwendet werden. Das gilt nicht nur für die konventionelle Bewirtschaftung, sondern betrifft ebenso die Bio-Bauern. Denn auch Mist oder natürliche Düngemittel sind dann nicht mehr erlaubt“. Dass damit keine Wirtschaftlichkeit mehr erreicht werden kann, sei einleuchtend, erklärte er. Und er rechnete vor, dass damit die Produktionsfähigkeit der Betriebe immer mehr zu schrumpfen drohe: „Betroffen wären etwa 40.000 Betriebe in Niedersachsen, von denen etwa 22.000 Vollerwerbsbetriebe seien: „Der riesige Flächenverlust kann vielen die Existenz rauben“. Auch Volker Hahn hat



„Gipfeltreffen“ der Landwirte: Helmut Dammann-Tamke, Volker Hahn, Heinrich Vortmüller (Brelingen), Jürgen Hemme (Abbensen), Hartwig Rust (Ibsingen), Klaus Stoll (Bennemühlen), Andreas Meyer (Dudenbostel) und Dr. Hendrik Hoppenstedt (v.l.). Foto: G. Vrobel

wenig Verständnis für die angestrebte Neuregelung: „Wir haben mehrfach Gesprächsbereitschaft signalisiert und sind durchaus zu angepassten Maßnahmen bereit. Aber dann an Stellen, wo es tatsächlich notwendig ist und Sinn macht. Eine pauschale Beschneidung der Flächen ist nicht nachvollziehbar“. Um das Oberflächenwasser zu schützen, sollen weitere Vorschriften bald Gültigkeit erreichen, die vor allem kleinere Betriebe in eine finanzielle Schieflage bringen, können: Futtermittel für Betriebe mit größerem Viehbestand dürfen künftig nicht mehr im Außenbereich auf freier Fläche gelagert werden. Die Landwirte müssen entsprechende Siloplatzen bauen, damit Inhalts-

stoffe nicht mehr in den Boden sickern können. Eine solche Baumaßnahme kann schnell zum Ruin der Betriebe führen: „Es muss eine Lösung für kleinere Betriebe geben, damit deren Existenz weiter gesichert bleibt“, sagte Hahn. Für Editha Lorberg sind die Probleme der Landwirte ein sensibles Thema: „Diese Regelung betrifft auch hier unsere Landwirte, denn die Wedemark ist von zahlreichen Gräben durchzogen. Das Verbot würde also einen unglaublichen Flächenfraß bedeuten“. Und Hahn ergänzte: „Wir stellen nicht in Frage, dass wir gutes und gesundes Oberflächenwasser brauchen, das ist auch in unserem Interesse. Wir leben ja auch mit der Greening-Vorschrift, die uns

verpflichtet, Blühstreifen an unseren Feldern anzulegen. Die Abstandsstreifen zu den Gewässern werden hier aber nicht mitgezählt. Dabei wäre eine Anerkennung durchaus realisierbar und würde für den Umweltschutz und uns Landwirte eine Win-Win-Situation schaffen“. Und Lorberg betonte, dass auch der Verbraucher wissen müsse, was Flächenverluste für die Landwirte und die Nahversorgung bedeuten: „Wir setzen alle auf regionale Produkte. Wenn dazu die Flächen nicht ausreichen, müssen diese Produkte wieder über lange Wege transportiert werden. Wenn Politik auf dem Rücken von Landwirten gemacht wird, dann kann das nicht funktionieren“.